

Politik



„War da was?“ Das deutsche Fernsehen jedenfalls hat den 9. November 1938 komplett aus dem Gedächtnis gestrichen.

Seite 4

Internationales



Die Internationalismus-Woche verspricht dieses Jahr besonders interessant zu werden. Näheres in der Termispalte und auf

Seite 3

Hochschule



„Stop the GATS-Attack!“ ruft es von allen Seiten. Das Allgemeine Handelsabkommen GATS und die Welt-handelsorganisation WTO sind zu Bühnennärrn für diejenigen geworden, die sich dem neoliberalen Umbau der Hochschulen widersetzen.

Seite 2



<http://www.bo-alternativ.de>



Mehr Sicherheit für Frauen Aktionen gegen Vergewaltigungen

Aufgrund der wiederholten Angriffe auf Frauen in Universitätsnähe und von Beschwerden von Studentinnen über die mangelnde Sicherheit auf dem Campus startete das autonome Frauenlesbenreferat im AStA die „Initiative gemeinsam gegen Gewalt“, die sich für ein gewalt- und angstfreies Uniklima in Bochum engagiert.

Am 13. November startete das autonome Frauenlesbenreferat im AStA die Initiative „Gemeinsam gegen Gewalt“. Erster Schritt war eine Unterschriftenaktion auf der Uni-Brücke. Durch die Unterschriftenaktion sollen Verantwortliche wie die Stadt Bochum, die Universitätsleitung und die BoGeStra dazu bewegt werden, die Routen zwischen Universität und Studentenwohnungen besser zu bedienen sowie die Sicherheit für Studentinnen auf dem Campus zu erhöhen. In den ersten Tagen beteiligten sich bereits mehr als 1000 Studentinnen an der Aktion, knapp 800 unterstützten die Forderungen durch ihre Unterschrift. Zudem wurden verschiedene Informationsmaterialien von Frauenbüros und

Polizei sowie Trillerpfeifen verteilt. Neben sicheren sowie gut beleuchteten Wegen und Parkplätzen an der Universität sind regelmäßig verkehrende, sichere öffentliche Verkehrsmittel von und zur Universität ein Ziel der Aktion. Viele Universitätsstädte bieten mittlerweile in den Abendstunden Sammel-taxis umsonst oder gegen eine geringe Zuzahlung für dunkle oder wenig befahrene Strecken an. In Bochum hingegen müssen sich die Bewohnerinnen der Studentenwohnheime in der Laerholzstrasse und Umgebung vor Übergriffen des noch immer nicht gefassten Vergewaltigers fürchten. Zudem ist die Einrichtung von regelmäßigen Informationsveranstaltungen und Schulungen für Studentinnen und Universitätsmitarbeiterinnen zum Thema Sicherheit aber vor allem auch eine bessere Vernetzung der betroffenen Institutionen, Organisationen und Gruppen ein Ziel der Initiative.

Aufgrund der vielfältigen Unterstützung der Aktion soll „Frauen gemeinsam gegen Gewalt“ deshalb jetzt in Kooperation mit Frauenbüro, Wohnheimen, Unileitung, AStA und anderen Organisationen fortgesetzt werden. Am Mittwoch den 20. November gab es bereits eine Infoveranstaltung an der Uni zu den verschiedenen Vergewaltigungen, welche in letzter Zeit in Uninähe begangen wurden. Dazu hatten die OrganisatorInnen aus dem Studiorf Laerheide die Einsatzleiterin des „EK-Messer“ von der Polizei Bochum eingeladen, um den neuesten Stand

zusammenfinden. Wer mag, kann sich vorher im AStA über die Möglichkeiten zur Teilnahme an den vorbereitenden Aktionsgruppen informieren.

Am Samstag dann soll gemeinsam mit den StudentInnen der anderen nordrhein-westfälischen Unis in Düsseldorf demonstriert werden.

Well's Not tut: Protesttage und Demonstration

Bei den letzten Protesten gegen die Gebührenpläne der Landesregierung fanden sich die protestierenden StudentInnen noch eher zufällig neben Behinderten wieder, die vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die Kürzungen des Landes NRW bei den Betreuungsdiensten an Schulen für behinderte Kinder demonstrierten. Und rückblickend ist es eigentlich peinlich, dass die anwesenden StudentInnen, einschließlich der anwesenden Bsz-RedakteurInnen, diese Frage nicht als Teil des bildungspolitischen Kahlschlags empfanden. Nun soll von Seiten der StudentInnenvertretungen der Brückenschlag zu anderen Betroffenen der rot-grünen Sparpolitik gesucht werden.

Unter dem Motto „Wer jetzt nicht handelt, wird bekaut!“ gegen Sozial- und Bildungsabbau“ ruft das LandesAStenTreffen (LAT) Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der LandesSchülerInnenvertretung NRW, dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren beim fzs (ABS), einzelnen Gewerkschaftsgliederungen und weiteren Bündnisorganisationen für Samstag zu einer Demonstration in Düsseldorf auf. Und die Chancen der StudentInnen und ihrer Verbündeten stehen gut, zumindest die Pläne der Landesregierung zur Einführung von Strafgebühren für „LangzeitstudentInnen“ zu Fall zu bringen (siehe bsz 577). Anhalten-

der Untersuchungen dargestellt zu bekommen.

Die Initiative bietet sowohl Informationen für Studentinnen und Studenten zur Sicherheit am und um den Campus, wie auch kostenlose Selbstverteidigungskurse sowie Gespräche und Beratung in Sicherheitsfragen an. Zur Zeit werden deshalb neben PartnerInnen und interessierten, engagierten HelferInnen, die bei der Verwirklichung der gesetzten Ziele helfen wollen, weitere TraineeInnen für Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse gesucht.

Auch über Ideen, Anregungen und Tips sei man immer erfreut, so die InitiatorInnen.

jas



Samstag: Gegen Studiengebühren & Sozialabbau Erfolgreiche Vollversammlung beschließt neue Proteste

der Druck auf die Landesregierung könnte hierbei ein ausschlaggebender Faktor sein.

„Wer keine Lobby hat, wird zur Kasse gebeten! Dagegen werden wir auf die Straße gehen!“

Der Aufruf stellt die Pläne der NRW-Landesregierung zur Einführung von Studiengebühren in den Kontext des allgemeinen Sozialabbaus. Neben StudentInnen werden Arbeitslose, „sozial Schwache“, MigrantInnen, Behinderte und RentnerInnen als Betroffene der rot-grünen Haushaltspolitik in NRW ausgemacht. Folgerichtig wendet sich die Demonstration nicht nur gegen die Gebührenpläne der Landesregierung einschließlich der für das Jahr 2005 geplanten Einführung von Studienkonten, sondern auch gegen den Abbau öffentlicher Dienst- und Versorgungsleistungen, die von den Mitgliedsstaaten der World Trade Organisation (WTO) forcierte Liberalisierungspolitik und Sozialabbau im Allgemeinen.

Dem stellt der Demoauftritt die Forderungen nach einer solidarischen Gesellschaft, einer sozial vertraglichen Reform der Sozialsysteme und natürlich Bildung als Grundrecht, das allen frei zugänglich sein soll, entgegen.

In dem Aufruf werden die finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte auf die Steuerausfälle durch Kürzungen in der Unternehmensbesteuerung zurückgeführt. Haushaltslöcher in Höhe von mindestens 10 Milliarden Euro auf Bundes- und 1,4 Milliarden Euro auf Ebene des Landes NRW seien darauf zurückzuführen. Diese durch die „Steuerpolitik zu Gunsten großer Konzerne“ entstandenen Löcher sollen dem Aufruf zufolge durch Kürzungen im sozialen Bereich und durch Pri-

vatisierungen ausgeglichen werden: „Immer mehr staatliche Non-profit-Dienstleistungen werden dem freien Wettbewerb ausgesetzt. Das haben wir bei der Rentenreform oder bei der (laufenden) Privatisierung der Wasserversorgung erleben können. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung wird ein Modell von Pflicht- und Zusatzleistungen öffentlich diskutiert, die gewinnorientiert arbeitende private „International University Bremen“ wird vom Staat finanziell unterstützt, während in vielen Bundesländern Studiengebührenmodelle verabschiedet werden“, heißt es in dem Aufruf.

Gegen die Privatisierung von Versorgungsleistungen

Auf internationaler Ebene macht der Aufruf Privatisierungen als Verhandlungsgegenstand von Handelsabkommen der World Trade Organisation (WTO) aus: Das „Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS) sehe weit reichende Privatisierung z.B. in den Bereichen Gesundheit, Wasser, Bildung und Umwelt vor: „Die Folge: Nur wer viel Geld hat, wird sich eine gute Versorgung in diesen Bereichen noch leisten können!“, befürchten die aufrufenden Verbände.

**Demo gegen Sozialabbau und Studiengebühren in Düsseldorf am 23.11.2002
Treffpunkt für Bochum: 09.00 Bochum-Hbf.
Start: 12.00 Uhr D'dorf Hbf.**

Eine Oase lauter Radaumücke in der Hippie-Hochburg Münster ist außer Gefahr. Die Baracke, in der über Jahrhunderte hinweg die Fachschaft Politik untergebracht war und in der immer wieder gute Konzerte mit Billigbier – sowie viele politische Veranstaltungen stattfanden, sollte nach dem Willen der Universität geräumt werden. Übrig geblieben wäre eine Stadt voller langhaariger Fahrradfahrerinnen, überfüllten Menschen mit Hamburgern im Angebot und ätzenden Leichtbauturnhallen. Aber jetzt wird nach einer erfolgreichen Besetzung der Räumlichkeiten wieder alles gut: Die BesetzerInnen dürfen dort bleiben, sie müssen nur einen Verein gründen. Die Begehung mit dem Dekan und einem Sicherheitsmenschen war wohl sehr lustig, da eigentlich soweit alles in Ordnung ist. Der Dekan hat getobt, während der Sicherheitstyp meinte, er betrachte das alles als etwas größeren Wohnraum und so 199 Leute passten ja rein und so schlimm sei das alles gar nicht.

Man glaubt es kaum, aber die Besetzung scheint erfolgreich gewesen zu sein!

Zutritt verboten

Um ihrem Unmut über diese Pläne Luft zu machen, zog am vergangenen Montag eine Gruppe von StudentInnen der Ruhr-Universität zum Parteibüro der lokalen SozialdemokratInnen. Diese zeigten sich jedoch nicht gerade einladend, schlossen ihre Räumlichkeiten angesichts der nahenden studentischen Übermacht einfach ab und die Protestierenden somit aus. Lediglich durch einen Hinterausgang schlichen sich zwei SPDler hinaus, um den Studis zu erklären, sie könnten leider niemand hinein lassen, da sie bald schon weg müssten. Einer war für viele kein Unbekannter, hatte der u.a. in der JuSo-Hochschulgruppe an der RUB aktive doch teilweise auch im Fachschaftsrat Geschichte mitgearbeitet, sich bei Sitzungen der FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK) sehen lassen und im letzten Semester an den Protesten gegen Studiengebühren beteiligt. Jetzt hatte er offensichtlich kein Problem damit, seine KommilitonInnen auszuspüren, vermutlich sieht er seine Zukunft in der SPD und in Studiengebühren zumindest für sich keine direkte Bedrohung. Bravo, Parteisoldat. Wie heißt es doch so schön: Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten. Die bsz wünscht viel Spaß bei der Karriere.

Profilier Froonkreisch

Nach dem 11.9. letzten Jahres wurden auch in der Brd zwei umfassende sogenannte Sicherheitspakete verabschiedet, welche diverse Grundrechte beschneiden, die Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizeibehörden faktisch aufheben und u.a. die Erfassung biometrischer Merkmale in Ausweispapieren vorsehen. Auch wird in zunehmendem Maße die Abgabe von DNA-Daten erzwungen – und dies längst nicht nur bei Sexualstraftaten. Wohin die Law -and-Order-Reise geht, zeigt das Beispiel Frankreich.

Dort ist nun die Erweiterung der nationalen Gendatenbank geplant, welche – ähnlich dem deutschen Pendant – vor wenigen Jahren ursprünglich im Zuge der Bekämpfung von Sexualstraftaten geschaffen wurde. Gespeichert wurden bisher die genetischen Profile von verurteilten Sexualverbrechern und von unbekannten Personen deren genetisches Profil anhand von biologischen Spuren, die am Tatort eines ungeklärten Sexualverbrechens vorgefunden wurden, erstellt wurde. Dieses Profil darf zwar mit den Daten eines Verdächtigen verglichen, aber nicht gespeichert werden. Für die Konsultierung der FNAEG bedarf es zudem der Genehmigung eines Staatsanwaltes oder Untersuchungsrichters. Ein Skandal in den Augen des Innenministers, der in der geplanten Erweiterung der Datenbank nicht den „Vorboten eines entstehenden Polizeistaates, sondern das Ende des blinden Staates“ sieht. Er orientiert sich am britischen Beispiel, wo mittlerweile die Daten von 1,7 Millionen BürgerInnen gespeichert sind und man plant, bis 2004 die genetischen Profile der „2,6 Millionen zur Zeit aktiven Kriminellen“ zu erfassen.

Denn die Liste der Verbrechen und Delikte, die in Frankreich künftig erfasst werden sollen, ist erheblich verlängert worden: so sollen nun Personen, die für die Begehung von Gewaltverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Barbarei und Folter, Diebstahl, Zuhälterei, Erpressung, Zerstörung und organisierter Kriminalität verurteilt wurden oder die „wider das Staatsinteresse gehandelt“ haben, zur DNA-Spende gebeten werden. Sogar Daten von Personen, die bloß verdächtigt werden, bleiben danach gespeichert. Kein Wunder, das die französische Datenschutzkommission ebenso wie die nationale Menschenrechtskommission das Gesetzesprojekt, welches in ihren Augen „eine schwerwiegende Gefahr für die individuellen Freiheiten“ darstellt, scharf kritisieren.

„If you want a picture of the future, imagine a boat, stamping in a human face - forever.“ George Orwell in „1984“.

Teil 2: GATS, TNE und sonstige Kuhhandel Menschenrecht oder Ware?

Stop the GATS-Attack!“ ruft es von allen Seiten. Das Allgemeine Handelsabkommen GATS und die Welthandelsorganisation WTO sind zu Buhmännern für diejenigen geworden, die sich dem neoliberalen Umbau der Hochschulen widersetzen. Auch andere internationale Entwicklungen werden häufig damit per se verdammt. Dass diese keineswegs so widerspruchsfrei sind, wie manche glauben, und dass spezifische Prozesse auch Raum für potenzielle positive Veränderungen zu schaffen vermögen, führt Stefan Bienefeld aus. Der Artikel ist dem BDWi-Studienheft „Bildungsfinanzierung“, herausgegeben vom Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BDWi) und den studentischen Dachverband fzs, entnommen

Seit der gescheiterten Konferenz in Seattle ist die Welthandelsorganisation WTO bekannt und seit etwas mehr als zwei Jahren wird sie auch wegen eines neuen Themas zur Kritik gestellt: dem Handel mit Dienstleistungen im Rahmen des Allgemeinen Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement on Trades in Services). Es umfasst 16 Dienstleistungsbereiche von Finanzdienstleistungen über Bildung und Krankenversorgung bis hin zu Wasser- und Energieversorgung und trägt den Charakter eines Rahmenwerkes, das verbindliche Grundregeln aufstellt und dann wie ein Gesetz von der Gerichtsbarkeit der WTO durchgesetzt werden kann. Dabei steht es höher als nationales Recht und erfordert folglich eine Anpassung bindestaatlicher Richtlinien. Die wichtigsten Bestandteile sind die Regeln des Prinzips der meistbegünstigten Nation, sowie des freien Marktzugangs und der „Inländergleichbehandlung“. Letztere gelten nur für die Bereiche, die im Rahmen sogenannter „specific commitments“ besonders strengen Regeln unterworfen werden. GATS umfasst darüber hinaus verschiedene „modes of supply“, welche im Bildungsbereich alles in der Spannweite zwischen der Eröffnung von (Hochschul-) Zweigstellen und dem Auslandsstudium (sei es im Rahmen strukturierter Austauschprogramme, eigenverantwortlich oder virtuell) betreffen. Das GATS ist prinzipiell nicht anwendbar auf alle sog. Dienstleistungen, die einem Regierungsmonopol unterliegen bzw. nicht auf kommerzieller Basis oder nicht im Wettbewerb mit anderen Anbietern angeboten werden. Die Anwendbarkeit dieser Ausnahmeregel auf den Bildungsbereich ist aber strittig, da es in den allermeisten Ländern eine Konkurrenz privater und öffentlicher Anbieter gibt.

Die wesentlichen Gefahren des GATS bestehen in den Bereichen Bildungsfinanzierung, Qualitätssicherung und Zulassung. Im Bereich der Bildungsfinanzierung könnten unter Umständen staatliche Zuschüsse für traditionelle Bildungseinrichtungen des „eigenen“ Landes als Handelsverzerrung ausgelegt werden, die auch allen privaten Anbietern gewährt werden oder andernfalls gestrichen werden müssen, was eine Privatisierungswelle nach sich ziehen würde.

Nationalstaaten als Akteure der WTO

Wegen der angesprochenen Probleme erwächst hier weltweiter Widerstand. LehrerInnen, SchülerInnen, StudentInnen vernetzen sich und fordern einen sofortigen Stopp der Verhandlungen, die seit Mitte 2000 hinter verschlossenen Türen am Sitz der WTO in Genf weiter laufen. Von Australien, den USA, Neuseeland und Japan sind mittlerweile weitergehende Liberalisierungsforderungen für den Bildungsbereich eingetroffen, die EU fordert auf Initiative u.a. der Niederlande und Deutschlands eine Öffnung der US-Märkte in dem Ausmaß, wie ihre Märkte für Bildung bereits umgekehrt offen sind. Auch wenn die EU 1995 in weiser Voraussicht vorsichtshalber den gesamten öffentlichen Bildungssektor unter eine Ausnahme Klausel stellte, ist diese nun Verhandlungsmasse und kann im Prinzip fallen, was oben genannte Auswirkungen haben könnte. Die EU führt die Verhandlungen für ihre Mitgliedsländer und stimmt sich mit diesen im sogenannten 133er-Ausschuss ab. Dabei hat die Außenhandelskommission der EU mehrfach betont, dass GATS „first and foremost an instrument for the benefit of business“ sei. Und der Widerstand wächst: Auch die europäische Rektorenkonferenz hat sich klar gegen GATS positioniert.

bleibt die Frage, warum überhaupt ein Freihandelsabkommen auf den Bildungsbereich angewendet werden soll? Dies hängt vor allem mit dem Phänomen der Transnational Education (TNE) zusammen. TNE ist ein Sammelbegriff für alle Arten von Bildung, in denen diese aus einem anderen Land kommt als dem, in dem sie in Anspruch genommen („konsumiert“) wird. Dies kann über das Internet erfolgen oder über Niederlassungen bzw. Neugründungen ausländischer Anbieter. Dadurch wird ein Handel mit der Dienstleistung „Bildung“

ermöglicht, mit dem mittlerweile weit mehr als 30 Milliarden US-Dollar im Jahr umgesetzt werden. Es besteht also zweifelsfrei ein objektiver Regulierungsbedarf. Die Probleme, die sich durch TNE ergeben, erstrecken sich über Fragen der Qualitätssicherung, solche des Zugangs zu den jeweiligen Angeboten und der Anerkennung von Studienleistungen bis hin zur Frage der Anwendbarkeit des Gelernten in den lokalen Lebenskontexten.

Chancen und Risiken der TNE

Dennoch kann auch TNE mit anderen politischen Optionen verbunden werden; etwa damit, dass sich das Angebot an Bildung, die Wahlfreiheit der StudentInnen, sowie die nationalen Studienbedingungen verbessern. Für viele Länder der dritten Welt können Überangslösungen zur Entlastung des unterfinanzierten staatlichen Systems ermöglicht werden – immer vorausgesetzt, der Zugang zu Bildungsangeboten hängt nicht vom Geldbeutel ab. Zudem können so kostenintensive Studiengänge auch dort angeboten werden, wo es sich das nationale Bildungssystem nicht leisten könnte (man denke an Biotechnologie o.ä. und deren Angebot in Ländern wie Nigeria).

Die Initiativen der Weltbank und des IWF haben etwa in Form von Kreditrichtlinien (auch für Bildungsinvestitionen) zumindest in der Dritten Welt meist zu massiven Privatisierungswellen geführt, auch wenn in den letzten Jahren verstärkt eine Umsteuerung stattgefunden hat und nicht mehr allein auf die „unsichtbare Hand“ des Marktes im Bildungsbereich gesetzt wird. Die große Frage ist: Wird TNE in den kommenden Jahren vor allem eine große Geldmacherei auf einem expandierenden internationalen Bildungsmarkt, der mittlerweile auf über 200 weltweiten Bildungsmessen operiert, wo Hochglanzwerbung für das Studium in „attraktiven“ Ländern betrieben wird? Oder wird TNE dazu beitragen, dass bestehende Unterkapazitäten in ärmeren Ländern kompensiert, dass der Zugang zu Wissen weltweit demokratisiert und auf diese Weise mehr globale Chancengleichheit ermöglicht wird? Interessens, die in die letztgenannte Richtung zielen, sind im internationalen Spiel zweifelsfrei noch politisch unterrepräsentiert. Das muss jedoch nicht so bleiben!

Globalisierung und kein(e) (W)Ende? Widersprüche aufzeigen und nutzen!

In großen Teilen der globalisierungskritischen Öffentlichkeit besteht der Hang zum Lamentieren über den „bösen Neoliberalismus“, der das öffentliche Bildungssystem zerstöre und den „Fängen des Marktes“ unterwerfe. Diese Position gilt meist in der Annahme, vor allem die WTO und das GATS seien an allem bildungspolitischen Übel schuld, einschließlich der Einführung von Studiengebühren, der Deregulierung von bildungspolitischen Steuerungsmechanismen sowie dem Kostendruck auf Schulen und Hochschulen. Damit hat man das Problem auf eine Ebene geschoben, die für die allermeisten nicht mehr nachvollziehbar ist und die zugleich die nationalen PolitikrInnen und Interessengruppen aus der Verantwortung entlastet.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Der GATS-Prozess birgt gefährliche Möglichkeiten, die auf Dauer das Bildungssystem in einer Art und Weise verändern könnten, welche den geäußerten Vorstellungen recht nahe kommen.

GATS ist nicht die Wurzel allen Übels

Aber das GATS ist nicht die Ursache der Privatisierungswelle, einschließlich der Studiengebührenfrage, sondern lediglich ein Symbol, ein Rahmen, der diese Politik befördern hilft. Vielmehr haben diese verschiedenen Entwicklungen einen gemeinsamen Nenner, der mit dem schillernden Begriff „Neoliberalismus“ umschrieben werden kann.

Genauso wenig wie das GATS die Wurzel allen Übels ist, ist die „Globalisierung“ ein kohärenter, eindimensionaler und politisch irreversibler Vorgang. Der Bologna-Prozess mit all seinen differierenden Zielen und verschiedenen Schwerpunktverschiebungen, die nicht zuletzt auch durch studentisches Engagement beeinflusst worden sind, zeigt, dass internationale Entwicklungen nicht immer nur auf den „totalen Markt“ hinauslaufen. Vielmehr bieten der Bologna-Prozess und auch einige andere Vorgänge in der UNO, die als Antworten auf Probleme und somit Teil der Globalisierung gesehen werden können, den Raum, klare Positionen zu Themen wie öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen und demokratische Mitbestimmung zu verankern.

Diese Widersprüche in der Globalisierung, ihre ideologischen Brüche und die dadurch entstehenden Spannungen eröffnen Politikfelder, die genutzt werden sollten und müssen, um emanzipatorische Interessen einzubringen. Der europäische StudentInnenverband ESIB ist gerade erst auf dem Weg, auch wenn schon einiges erreicht wurde. Und die Zeichen stehen gut: LehrerInnen, Hochschulen, RektorInnen und SchülerInnen teilen an vielen Punkten die Positionen der StudentInnen. Eine organisierte Vernetzung mit anderen NGOs und sozialen Bewegungen kann daraus eine Gegenmacht erwachsen lassen, die Politik verändert und gestaltet. Diese sollte auch Schluss machen mit der leidigen, einander ausschließenden und abstrakten Gegenüberstellung von institutionell-orientierter Lobbypolitik hier und sozialem Protest dort. Es geht um eine intelligente Verknüpfung von beidem.

Schluss mit Jammern und Verschwörungstheorien

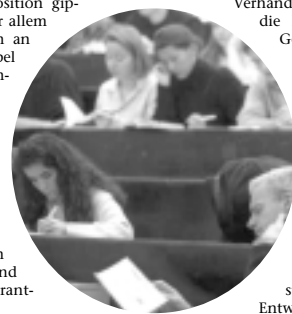
Primäres Ziel dieser Gegenmacht sollte es sein, Bildung nicht zur Ware werden zu lassen, sondern als Grundrecht abzusichern. Die Möglichkeiten hierfür stehen besser als vermutet. Viele europäische Regierungen stehen dem GATS ablehnend gegenüber, von Entwicklungsländern gar nicht zu reden. Der Bologna-Prozess hingegen wird von allen beteiligten Staaten unterstützt, mit Ausnahme Italiens (das aber wohl kaum als Vorbild dienen kann). Die deutsche Regierung vertritt hier unklare Positionen. Während das Wirtschaftsministerium den Prozess der Liberalisierung unterstützt und sich die Bundesregierung der Forderung nach Marktoffenheit in den USA angeschlossen hat, vertreten einzelne, namhafte VertreterInnen entgegenetzte Positionen. Edelgard Bulmahn schrieb z.B. in der *Frankfurter Rundschau* zum Thema „Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen.“ Die Bundestags-Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft empfiehlt schließlich in ihrem am 25.6.2002 publizierten Abschlussbericht, „die Bereiche der „hoheitlich erstellten Dienstleistungen“ wie Bildung und die sogenannte Öffentliche Daseinsvorsorge von den Verhandlungen zum GATS auszunehmen.“ Im Übrigen hat die UNO-Menschenrechtskommission gerade einen Bericht veröffentlicht, der auf die Gefahren des GATS hinweist und schlussfolgert, dass die GATS-Verhandlungen, vor allem für die Bereiche Bildung und Gesundheit, zu Ergebnissen führen könnten, die internationale Menschenrechtsabkommen brechen oder deren Intentionen diametral zuwider laufen.

Aus diesen Überlegungen heraus ist es notwendig, endlich Schluss zu machen mit dem Sich-Beklagen und sich statt dessen aktiv mit den Entwicklungen auseinander zu setzen, Position zu beziehen, und sich einzumischen. Zudem erscheint eine Abkehr von den Verschwörungstheorien dringend geboten, da diese kaum eine Perspektive bilden, aktiv Politik zu betreiben, denn wer möchte schon gegen die Privatisierung der Bildung und für eine öffentliche und ausreichende Bildungsfinanzierung eintreten, wenn er oder sie ständig das Gefühl hat, gegen einen übermächtigen Feind anzukämpfen?

Die Herausforderung, der sich bisher viel zu wenige stellen und die im übrigen schon gar keine politische Partei in Deutschland derzeit bewältigt, besteht in der differenzierten Analyse positiver und negativer Möglichkeiten der „Globalisierung“. Dies kann eine Grundlage eigenen politischen Handelns in Kombination mit verschiedenen Ansätzen sein, welche die Spannweite zwischen Streik, Kampagnen und institutioneller Intervention reflektiert ausloten.

Stefan Bienefeld
(Vorsitzender von ESIB – the National Unions of Students in Europe)

Die Broschüre „Bildungsfinanzierung“ des BDWi ist am **notstand** erhältlich



The House we live in

Biographien von KZ- und Vernichtungslager-Überlebenden gibt es viele, aber sie haben allesamt Ausnahmecharakter. Denn dass sie geschrieben werden konnten, hatte zur Voraussetzung, was nur einem verwindend geringen Bruchteil gelang: dem verfügen Tod zu entgehen.

Auch wenn sie nicht wie Wieslaw Kielars *Anus Mundi* nahezu an Aufenthalte in kruden Ferienlagern, nur halt mit derben Prügelstrafen, erinnern, so kränken daran doch alle Berichte, auch empfindenswerte wie bspw. Rudolf Vrba's *Als Kanada in Auschwitz lag* (aka *Ich kann nicht vergehen*), der fliehen oder Ruth Klügers *Weiter leben*, Primo Levi's *Das ein Mensch?* und Tadeusz Borowski's *Bei uns in Auschwitz*, die bis zur Befreiung 'überleben' konnten. Lilli Jahn überlebte nicht. Ihre Geschichte trägt einen Titel wie von Rosemarie Pilcher, der Umschlag mit Bild ist in Sepia getaucht, die Farbe, an der sich die Deutschen nicht stattsehen können, weil es nach SA und früher aussieht, so wenig wie an Hitler-Bildern auf den Titelseiten der Zeitschrift, bei der Doerry stellv. Chefredakteur ist. Ihre Geschichte kann trotzdem erzählt werden, weil ihre Kinder hunderte von Briefen von sich und ihrer Mutter aufbewahrten, die deren Enkel Doerry, beileibe kein Literat oder Stilist, zusammenstellte und zurückhaltend textlich verband.

Lilli Jahn, 1901 geboren, stammte aus einer bürgerlichen Familie. Sie betonte, dass sie Jüdin „immer ganz bewußt bleiben würde“, war aber stark assimiliert, kulturell interessiert wie versiert und auch als Frau emanzipiert, studierte Medizin und praktizierte als Ärztin. 1923 lernte sie den Nichtjuden Ernst Jahn kennen, den sie im August 1926 mit jüdischer Zeremonie heiratete und zu dem sie in die hessische Kleinstadt Immenhausen zog. Beide betrieben eine Praxis und zwischen 1927–40 bekamen sie fünf Kinder.

Von Beginn an wird sie mit dem NS konfrontiert. Zunächst nur indirekt, indem sie die von der SA entführten und gefolterten Linken verarztete, beim sog. Judenboykott jedoch unmittelbar. „Die Immenhausener nahmen es dabei nicht ganz so genau“, kommentiert Doerry lakonisch, dass auch die Praxis ihres arischen Gatten in den Boykott einbezogen wurde. Fortan ist Lilli eine „sehr deprimierte und isolierte“ Frau. Man schaut

zu, wie ein Leben über Jahre zuerst zum Verschwinden gebracht, schließlich ausgelöscht wird. Sie darf ihren Beruf nicht mehr ausüben und wenn sie das Haus zum Einkaufen verließ, „blickte sie stets nur zu Boden, um niemanden in die Verlegenheit zu bringen, sie grüßen zu müssen.“ Eine fast unbegründete Sorge, denn die Honoratioren der Stadt mieden die vorher angesehene Familie, Freunde brachen den Kontakt ab. „Im übrigen ist der gesellschaftliche Boykott hier in Immenhausen uns gegenüber von einer ungeahnten Vollkommenheit“, konnte sie bereits Februar 1934 die erfolgreiche Konstitution der deutschen Volksgemeinschaft resümieren. Die anderen jüdischen Familien des Ortes wanderten bis 1937 aus. Die Jahns überstanden den Pogrom vom 09.11.1938 relativ gut, aber die Wohnung ihrer Schwester in Köln wurde vollkommen verwüstet; Schikanen, Terror und die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz trieben ihren Lieblingsonkel in den Selbstmord. „Offenbar schmiedete der wachsende äußere Druck Ernst und Lilli in diesen Jahren enger zusammen“, auch wenn sie im Sommer 1938 bei ihrer Ferienreise lange nach einem Hotel suchen mussten, das sie herablassend aufnahm. Lilli bekam zum 31.12.1938 das große „J“ in ihren Pass gestempelt, musste aber keinen gelben Stern tragen. „Außerhalb unseres Hauses führe ich ja kein Leben mehr“, so Lilli am 23.11.1941, nicht zuletzt wegen der ständigen potentiellen Bedrohung durch die SA, aber „daß die noch hier einzig wohnende Jüdin von hier verschwindet“, so der stellv. Ortsgruppenleiter der NSDAP, Karl Groß, am 20.01.1942 an seinen Vorgesetzten in Hofgeismar, war ein dringendes Anliegen. Man kann nachlesen, was eine Volksgemeinschaft ausmacht. So war jener Groß auch informiert über die Affäre von Gatte Ernst mit einer anderen Ärztin und über die Geburt von deren unehelichem Kind, bei der Lilli geholfen hatte. Dass Ernsts Rita sich von Lilli helfen ließ, war für die Ärztekammer Anlass für eine Rüge.

Als Lilli am 08.10.1942 in die Scheidung einwilligte, verlor sie den Schutz einer „privilegierten Mischehe“. Dezember 1941, Juli und September 1942 ging je ein Transport von Juden ab Kassel in die Gettos und Vernich-

tungsstätten im Osten, Lilli musste auf Anordnung des Bürgermeisters Groß am 21.07.1943 „nur“ mit ihren Kindern nach Kassel umziehen. Auf dem Namensschild der neuen Wohnung hatte Lilli nicht den verordneten Zweitnamen „Sara“, dafür aber ihren Doktor angegeben. Prompt wurde sie bei der Gestapo denunziert und kehrte von der zweiten Vorladung am 30.08.1943 nicht mehr zurück. Sie wurde in das „Arbeitserziehungslager“ Breitenau gebracht, von dem der Fuldaer Landrat rühmte, dass ehemalige Inhaftierte „lieber tot sein wollten, als noch einmal nach Breitenau zu gehen.“ Die Kinder, zwischen 3 und 16 Jahren alt, wurden sich selbst überlassen. Die (bestenfalls) Gleichgültigkeit der Deutschen gegenüber den Leiden der Lilli Jahn, die Doerry immer wieder herausstellt, änderte sich auch gegenüber den Kindern nicht. Erst nachdem sie am 22.10.1943 ausgebombt wurden, nahm der Vater sie wieder auf. Da jener sich jedoch nicht um die Freilassung seiner Ex-Gattin bemühte, wurde das Verhältnis zu seinen Kindern distanziert. Den Kontakt zu ihrer Mutter hielten sie über Briefe. Lilli konnte nur selten zurückschreiben, meist über gefährliche Schmuggelwege. Ihre älteste Tochter sah sie noch zwei Mal, bevor sie am 17.03.1944 nach Auschwitz deportiert wurde. Alle anderen sahen sie nie wieder, sie verschwand in jenem Nichts, von dem die Deutschen wussten, das sie aber nur „den Osten“ nannten. Von dort kam noch ein Brief, im Oktober 1944 schließlich die Sterbeprotokolle des Ständesamtes Auschwitz an die Kinder und Lillis Ausweis an die Behörde in Immenhausen. Deutschland hatte einen weiteren „Volksfeind“ zu den Akten gelegt. Bis heute wissen die Kinder nicht, wann und wie genau ihre Mutter starb.



Martin Doerry: „Mein verwundetes Herz.“ Das Leben der Lilli Jahn 1900 – 1944. Stuttgart, München: Deutsche Verlagsanstalt, 2002, ca. 350 Seiten, 24,90 Euro.

fake

Internationalismuswoche des AStA

„Alles zu werden strömt zuhauf“

Nun ist es also wieder soweit. In seiner Manifestation als politisch bildende Institution organisiert der AStA der RUB auch dieses Jahr wieder die Internationalismuswoche. Vorbei sind die Zeiten der „Waffen für El Salvador“-Geldsammlungen. Vorbei auch die blinden Sympathiebekundungen mit dem Schicksal „unterdrückter Völker“ (denn nicht umsonst sind Begriffe „Volk“ und die Identifikation mit diesem in Verruf geraten). Dennoch, der Internationalismus in der Linken ist nicht tot. Die Antiglobalisierungsbewegung bekommt zwar in diesen Zeiten die meiste, wenn auch nicht die beste Presse, aber auch andere Belange internationaler Zusammenhänge sollten dabei nicht unter den Tisch gekehrt werden. Vom 25. bis zum 30. November finden im KulturCafé bzw. im Bahnhof Langendreer allabendlich jeweils um 20 Uhr die folgenden Veranstaltungen statt.

Im Rahmen ihrer eigenen Reihe „Krieg ist kein Kinderspiel“ hat der Bahnhof Langendreer den Pädagogen

Joachim Sobotta eingeladen, der die Situation von „Flüchtlingskindern in Deutschland“ thematisiert (Montag, Raum 6, Bahnhof Langendreer). Nach zumeist extrem traumatisierenden Erlebnissen in Kriegsgebieten wird auf den bestmöglichen Umgang mit den daraus resultierenden Problemen eingegangen. Am Dienstag spricht im KulturCafé Cho Lucas Ayaba von der VOICE e.V., einem selbstorganisierten Flüchtlingsforum, über die „Situation Asylsuchender in Europa“ im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen. Unter dem Motto „We are here because you destroy our country“, und unter Bezugnahme auf das Konzept der „Festung Europa“ schildert er den tagtäglichen Überlebenskampf gegen Abschiebehaft und Ausweisung. Ebenfalls im Kulturcafé stellt der Autor der Bücher „Grenzenlose Heimat“ und „Heimatrecht und Volkstumskampf“, Samuel Salzborn von der Uni Gießen, diese vor. Er beschäftigt sich vor allem mit der Problematik der Vertriebenen Debatte am Beispiel der sich immer öfter profilierenden Sudeutenden, die sich in ihrer „Opferrolle“ sonnen und sie wie bei den EU-Beitrittsverhandlungen sogar als Druckmittel in der Politik nutzen. Die verschiedenen „Erklärungsmodelle für den arabischen Antisemitismus“ behandelt am Donnerstag Götz Nordbruch vom Middle East Research Institute wiederum an der Ruhr-Uni. Selbstmordattentate, Holocaustleugnung und Verschwörungstheorien im Bezug auf den Mossad als Manifestierungen des Antisemitismus werden auf mögliche Ursachen hin untersucht. Am Freitag referiert Winfried Wolf, Autor und ehemaliger PDS-Bundestagsabgeordneter, zu „Afghanistan, Irak und die neue Weltordnung“, der Rüstungsindustrie und der Militarisierung der Politik im Allgemeinen (Raum 6, Bahnhof Langendreer). Die Gründung einer EU-Interventionsarmee und die damit einhergehende Positionierung Deutschlands als Militärmacht nicht nur

im „Kampf gegen den Terror“, und die dadurch gestellten Anforderungen an eine internationale Antikriegsbewegung werden thematisiert. Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe erklärt Udo Wolter von der jour-fixe-initiative Berlin die Relevanz des Theoretikers Frantz Fanon für den Antikolonialismus und Postkolonialismus. Nachdem Fanon lange als Kämpfer einer anticolonialen Revolution gegolten hatte, wurde er Ende der 80er Jahre von den Postcolonial Studies wiederentdeckt, die sein Theoriekonzept auf sehr unterschiedliche Weise interpretieren. Eingeladen sind selbstverständlich alle Interessierten, ob mit der ohne Eisler/Brecht-Gesangbuch und Wandergitarre. Hoch die internationale Solidarität und so. No pasaran.

Weitere Informationen und ausführliche Ankündigungstexte findet ihr in den Flugs und unter <http://www.astabochum.de/aktuell/internat.pfp>.



Mittwoch, 20. November

Die gigantische Aufrüstung der Bundeswehr zur Angriffs- und Interventionsarmee

Referent: Dirk Eckert (Informationsstelle Militarisierung e.V. – IMI)
19.30 Uhr, Bf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Donnerstag, 21. November

Konzert: Mournful, NoLoveLost

Hardcore/Emo
22 Uhr, Robespierre, Untere Markstr., Bochum

Freitag, 22. November

Was ist Antisemitismus?

Woher kommt er, wo liegen seine historischen Ursachen, welche Schlussfolgerungen müssen wir aus den Erfahrungen der faschistischen Vergangenheit in unserem Land ziehen?
Vortrag der VVN-BdA
19.30 Uhr, Simplon (Poststraße), Bochum

Nuklearer Winter

Crust/Grind-Festival mit Makiladoras, Instinct Of Survival, Tripscope, Mihoen!, Normal To Psycho, Völkermord, Allee der Kosmonauten, Mood – Kino, Grind-Disco.
ab 20 Uhr (bis Samstag), Autonomes Zentrum, Auerstr.51, Mülheim

Samstag, 23. November

Demo in Düsseldorf

„Wer jetzt nicht handelt, wird beklaut! Gegen Sozial- und Bildungsabbau“
Abschluss: Burgplatz
12 Uhr, Düsseldorf Hbf. Treffpunkt in Bochum am Hbf um 10.50 Uhr

Montag, 25. November

Internationalismuswoche: Kriegskinder in Deutschland

Viele Kinder- und jugendliche Flüchtlinge in Deutschland sind traumatisiert, waren Situationen ausgesetzt, die nicht einfach vergessen werden können bzw. sich selbst auflösen. In der Veranstaltung werden Auswirkungen von Traumatisierungen und Behandlungsmöglichkeiten dargestellt.
Referent: Joachim Sobotta
20.00 Uhr, Bf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Dienstag, 26. November

Internationalismuswoche: Asyl in Europa

Der Referent Cho Lucas Ayaba spricht über die tagtägliche Repression, die die Flüchtlinge auch nach der Flucht vor Verfolgung in ihren Herkunftsländern erfahren müssen, mit dem Schwerpunktthema: „We are here because you destroy our country“
Referent: Cho Luca Ayaba (The Voice)
20.00 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni Bochum

Mittwoch, 27.11.

Internationalismuswoche: Heimatrecht und Volkstumskampf. Die Vertriebenen Debatte

Seit der Gründung der Tschechoslowakei hat die sudetendeutsche Minderheit die Existenz dieses Staates bekämpft, den Anschluss an das Dritte Reich hat sie vorbereitet und stürmisch begrüßt, dem NS war sie eine verlässliche Stütze. Entsprechend wurden sie nach dem 2. Weltkrieg im Einklang mit den Beschlüssen der Alliierten vertrieben. Trotzdem galten die Vertriebenen sich und den anderen Deutschen immer als Opfer eines Unrechts.
Referent: Samuel Salzborn, Sozialwissenschaftler
20.00 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni Bochum

Antisemitismus nach Auschwitz

Zur Aktualität der Antisemitismusdebatte im Alltagsdiskurs und der medialen Öffentlichkeit mit: Prof. Dr. Wolfgang Benz (Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der T.U. Berlin)
20.00 Uhr, Zeche Carl, Essen



Vom Verdrängen zum Vergessen

9. November 1938 – War da was?

Am Abend des 8. November konnte man über 90 Minuten den Ausführungen von Hitlers Sekretärin Traudl Junge lauschen. Ab 21.45 Uhr berichtete sie im Programm der ARD von des Führers Hochzeit mit Eva Braun, die sich danach stolz Frau Hitler nannte, und dem feigen Mord Hitlers an seinem geliebten deutschen Schäferhund Blondi. Eine Reflexion über den Nationalsozialismus durfte man in diesem Alltagsbericht über den „väterlichen“ Diktator selbstverständlich nicht erwarten. Nachdem also im Vorfeld des 9. November vollkommen überflüssige und unkritische Töne zum Dritten Reich zu hören waren, setzte sich dieses Programm am Samstag fort. Im Fernsehen war vom 9. November 1938, der Reichspogromnacht, kaum etwas zu hören bzw. zu sehen. Die einzigen Ausnahmen bildeten ein Beitrag auf 3sat über den „9. November 1938 als Versicherungsfall“ sowie Kurzberichte über verschiedene Gedenkveranstaltungen in den Nachrichtensendungen. Dem 9. November 1989, dem „Fall“ der Berliner Mauer, einer der Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung, wurde da schon erheblich mehr Sendezeit eingeräumt.

Haben die deutschen Fernsehsender sich damit den Klagen eines Martin Walser angenommen und die „Moralkeule Auschwitz“ aus dem Programm verbannt? Bei den privaten TV-Anstalten kann das kaum verwundern, ist deren Programm doch erheblich von den Einschaltquoten der Zuschauer bestimmt. Doch die öffentlich-rechtlichen machen um dieses Datum ebenfalls kaum Aufhebens, während sich Frau Junge noch in unerträglicher und unkommentierter Weise äußern durfte. Da sollte doch dringend auf den Bildungsauftrag von ARD, ZDF, WDR usw. verwiesen werden. Schließlich ist auch die vermeintliche Elite dieses Staates nicht allzu vertraut mit der deutschen Vergangenheit, wie eine Umfrage an der Universität Essen

im Wintersemester 2000/2001 ergab. Diese kam nämlich zu dem Ergebnis, dass ein Viertel der StudentInnen mit dem Begriff der „Reichskristallnacht“ nichts anzufangen weiß.

Dolchstoßlegende, die Zweite

Am 3. November 1938 schoss der siebzehnjährige Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris auf den Sekretär Ernst vom Rath, um auf die Situation deportierter polnischer Juden aufmerksam zu machen, unter denen sich auch seine Eltern befanden. Zwei Tage später erlag von Rath seinen Verletzungen. Dieses Ereignis nahmen die Nazis zum Anlass, einen vermeintlich spontanen Pogrom zu inszenieren. Dieser wurde am 9. November 1938 auf Befehl von der obersten Spitze durchgeführt. Reichsweit wurden jüdische Menschen gedemütigt, verhöhnt, misshandelt, ausgeraubt und nicht wenige ermordet (insgesamt waren es über hundert Personen); über tausend Synagogen und Gebetshäuser wurden abgebrannt oder zerstört; mehrere tausend jüdische Geschäfte demoliert; ca. 30.000 jüdische Männer wurden in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt. Der entstandene Sachschaden war von den Juden selbst zu begleichen, zudem wurde ihnen auch noch eine „Buße“ in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark aufgebürdet.

Wendepunkt Pogromnacht

Der Historiker Wolfgang Benz betrachtet das Pogrom als die Wende der nationalsozialistischen Judenpolitik: „Mit keinem anderen Ereignis hat das NS-Regime so zynisch demonstriert, dass es auch auf den Schein rechtsstaatlicher Tradition nun keinen Wert mehr legte. Antisemitismus und Judenfeindschaft (...) schlugen jetzt um in die primitiven Formen physischer Gewalt und Verfolgung. Die ‚Reichskristallnacht‘ bildete den Scheitelpunkt des Wegs zur ‚Endlösung‘.“ (Benz: Der Holocaust, S.26)

Die Erinnerung an eben dieses einschneidende Ereignis auf dem Weg zum Holocaust wird scheinbar für die Teile der Bevölkerung weitestgehend verschwiegen, die ebenso wie ihr bekanntester Fürsprecher Martin Walser die

„Dauerrepräsentation unserer Schande“ nicht mehr ertragen können.

Sehr offensichtlich gibt es aber noch einen weiteren, mehr bei Intellektuellen und Politikern verbreiteten Ansatz mit diesem Verbrechen umzugehen.

So forderte der Bundestagsabgeordnete von Bündnis90/Grüne Werner Schulz, man solle den 9. November zu einem allgemeinen, nationalen Feiertag erheben. Schließlich sei dies der Schicksalstag der Deutschen, in dem sich die freiheitlichen und repressiven Aspekte der deutschen Geschichte verbänden. Mit den repressiven Momenten der deutschen Geschichte ist die Reichspogromnacht gemeint. Die freiheitlichen waren die „Maueröffnung“ 1989 sowie die Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann 1918. Selbstredend wird die kurz zuvor stattgefundene Ausrufung der sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht sowie die entsetzte Reaktion des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Ebert auf die Aktion seines Parteigenossen, dem dies alles zu revolutionär war, verschwiegen.

Glühend ersehnt

Dass der Schicksalstag der Deutschen im Jahre 1938 tatsächlich einer der Schicksalstage in der Geschichte des europäischen Judentums war, scheint dabei keine Rolle zu spielen. Vielmehr sollen die Ermordeten offensichtlich „heim ins Reich“ geholt und mit den vermeintlich fortschrittlichen Ereignissen der deutschen Geschichte amalgamiert werden. Denn erst durch eine geschickte Integration des Holocaust in die deutsche Gedenkkultur (Den Massenmord zu leugnen, schreiben sich schließlich nur noch wenige Ewiggestrige auf die Fahne) wird das frivole Ausbleiben des deutschen Nationalbewusstseins und die glühend ersehnte Normalisierung der deutschen Nation ermöglicht.

:bsz konsumterror Sauerstoff?

Hallo und herzlich willkommen im Anrufbeantwortersystem von O2.“ Gewiss, viel anderes erwartet nicht, wer enttäuscht feststellen muss, die teuren Telefongebühren gerade nicht für das gewünschte Gespräch sondern für das Anhören eines Mobiltelefon-Anrufbeantworters auszugeben, den der oder die Betreffende aufgrund Gebühren in ähnlicher Höhe vermutlich höchstens mit großem Widerwillen abhören wird.

Mit einer derart fröhlich beschwingten Frauenstimme mitgeteilt zu bekommen, dass der „gewünschte Gesprächspartner“ zur Zeit „leider nicht persönlich“ zu erreichen ist, wie dies bei O2 geschieht, ist jedoch schon eine deutlich andere Erfahrung, als die trockenen Haltestellenanfrage-Verschnitte bei der Konkurrenz. Gewiss, schriftlich ist die Euphorie eines allzu gut gemeinten Anrufbeantworter-Systems kaum zu vermitteln. Wer sich jedoch die sonstigen Streiche des genannten Telekommunikationsunternehmens vor Augen führt, wird auch ohne die akustische Erfahrung zumindest eine Ahnung davon bekommen, mit welchem Überschwang er oder sie bei dem nächsten erfolglosen Versuch befrüht werden wird, eine schlechte Nachricht zu überbringen, eine eilige Frage loszuwerfen, oder eine andere Unterhaltung zu führen, die nicht warten kann, bis der/die GesprächspartnerIn einen Festnetzanschluss erreicht.



„Leider nicht persönlich“ soll die betreffende Person also erreichbar sein, wird mitgeteilt – von jener Gesellschaft, die sich nicht nur in offensichtlich äußerster Hektik einen Namen designen ließ, der die aufmüpfigen Mannesmann-AktionärInnen nicht aufschrecken sollte, sondern die – wir erinnern uns – gerade erst vor kurzem damit Schlagzeilen machten, dass die geführten Gespräche gleich doppelt am Bestimmungsort ankamen.

Natürlich ist O2 dabei nicht die einzige Telefongesellschaft, die den drei unterschiedlich geheimen Geheimnisräuberbünden der Bundesrepublik umfangreiche Möglichkeiten zum Belauschen ihrer Kunden und deren Bekannten bietet. Das Gegenteil ist der Fall, wie nicht erst im Mai dieses Jahres der Bundes-Datenschutzbeauftragte Joachim Jakob feststellen durfte. 2001 waren es allein 19.896 Anschlüsse, die in den Genuss des besonderen Services der zusätzlichen Sicherung wichtiger Gespräche kamen – wohlgerne allein von jenen Behörden, die zur ausführlichen Rechen- über ihre Machenschaften verpflichtet sind. Ein Service im Übrigen, der gerade in der „Service-Wüste Deutschland“ ausgeprägt ist wie in kaum einer anderen Vieltelefonier-Gesellschaft (z.B. USA: offiziell 1.190 abgehörte Personen). Kein anderer Mobilfunkbetreiber war allerdings bisher so zuvorkommend, diesen Service auch transparent und mit voller Kostenkontrolle auf den Telefonrechnungen der Belauschten aufzuführen.

Die Bsz-Redaktion jedenfalls ist sich einig: O2 ist definitiv der Wonnepropen unter den Telefongesellschaften. Ein leichter Schrecken im Falle der Nicht-Erreichbarkeit der/des Angerufenen ist es auf jeden Fall wert, dieser Firma eine Chance zu geben.



:bsz impressum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 20. bis 26. November -				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 20.11.				
(S) Schweineschnitzel paniert mit Pustasauce, dazu Pommes und Salat	Hühnerfriskassee in heller Rahmsauce, dazu Reis und ein Erbsengemüse	Blumenkohl-Käse-Medaillon mit einer Käsesauce, dazu Vollkornnudeln und Blumenkohl	Hähnchenfleischwürfel Gurkensalat, Auberginen mit Ingwer, gefüllte Hühnerchen, sauer-scharfe Suppe	Wildragout mit Kartoffelklößen und Apfel-Kompott (Beilagen aus biol. kontr. Anbau)
DONNERSTAG, 21.11.				
Pfannengyros mit einem Geflügel-Dip, dazu Fladenbrot und ein Kappessalat	Putenrollbraten mit einem Geflügelsauce, dazu Penne Lisc Nudeln und Fingermöhrengemüse	Gemüseschnitzel mit Schaschlikasauce, dazu Vollkorn-Gemüse-Reis, Tomaten Zucchini-Gemüse	(S) Schweineschnitzel mit Paprika, Broccoli gebraten, Sellerie und Rübe, Gemüsesuppe	Hähnchenschnitzel Geflügelsauce, Rösti-Taler und Sommergemüse (Beilagen aus biol. kontr. Anbau)
FREITAG, 22.11.				
(S) geschnetzeltes Schwein in brauner Champignon-Rahmsauce, dazu Reis und ein Kaisergemüse	Seelachs im Knuspermantel mit einer Senf-Dillsauce, dazu Dillkartoffeln	Pizza mit Tomaten und Käse, dazu ein Salat	Geröstete Rippchen Kartoffelscheiben mit Paprika, Frühlingsrollen, Tomatensuppe mit Ei	Gebackenes Seelachsfilet mit einer Kräuter- und eine Salat-Beilage
MONTAG, 25.11.				
Pizza Champignon, dazu ein Italia-Mix-Salat mit French-Dressing	Hähnchenbrust im Kartoffelmantel mit Porreefüllung, Rahmsauce, Farfalle Nudeln und Ratatouille	Blumenkohl-Käse-Medaillon mit einer Tomatensauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Sommergemüse	(S) Schweineschnitzel gebraten mit Champignon-Rahmsauce, dazu Pommes frites und eine Salat-Beilage	Geflügelsteak, gedünstet mit Tomatensauce, Reis-Risotto und Maisgemüse (Beilagen aus Bio-Anbau)
DIENTAG, 26.11.				
(S) Grünkohl-Eintopf mit Kartoffeln und einer Mettwurst	Hähnchenbrustfilet im Knuspermantel mit Tomatensauce, Spaghettini und ein Salat	Tofugeschnetzeltes „China Art“ dazu Vollkorn-Mandarin-Reis und ein Asiagemüse	Hähnchenschnitzel gebraten, mit würziger Curryfüllung, dazu Currysauce, Butterreis und Erbsen	Lammbraten mit Knoblauch-Zwiebel-Sauce, Kartoffelfrüsti, Ratatouille (Beilagen Bio-Anbau)